17. Wahlperiode

18.08.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Anforderungen an den Landeshaushalt 2021 – Ein Haushalt für die Vielen: solidarisch, zukunftsorientiert und gerecht

I. Ausgangslage

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen gerade in der Krise Verlässlichkeit und Perspektiven. Aufgabe des Landes ist es, jetzt eine soziale Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern, durch gezielte Unterstützung der Wirtschaft Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen und in die Zukunft zu investieren, um eine soziale und nachhaltige Entwicklung des Landes zu sichern.

Besondere Unterstützung brauchen dabei unsere Städte, damit sie handlungsfähig bleiben, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern.

An diese Zielen muss sich auch der Landeshaushalt 2021 orientieren.

Die Landesregierung hat sich entschieden, den Landeshaushalt erst nach der Kommunalwahl ins Plenum einzubringen. Dabei wäre es notwendig für die Menschen in NRW, für die Kommunen und Kreise, für die wirtschaftliche Entwicklung und für ehrenamtlichen Vereine und Verbände frühzeitig Signale zu setzen, wie die Krise im Lande bewältigt werden soll.

II. Der Landtag stellt fest:

- Das Land befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise.
- Die steigende Arbeitslosigkeit bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Viele Branchen werden noch lange unter den Folgen der notwendigen Einschränkungen der Pandemie leiden. Die weitere Entwicklung darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Das Land muss durch gezieltes staatliches Handeln konjunkturelle Impulse setzen und betroffene Unternehmen unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern.
- In NRW gibt es einen riesigen Investitionsstau, der beseitigt werden muss, um das Land zukunftsfähig zu machen. Im Bildungsbereich, bei der Infrastruktur, bei der Digitalisierung und beim Klimaschutz gibt es große Bedarfe an Investitionen in die Zukunft. Ohne diese droht NRW in vielen Bereichen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung den Anschluss zu verlieren.
- Zur Bekämpfung der Krise und zur Sicherung notwendiger Zukunftsinvestitionen brauchen wir handlungsfähige Städte, Gemeinden und Kreise. Sie müssen vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit sorgen können und

Datum des Originals: 18.08.2020/Ausgegeben: 19.08.2020

gleichzeitig die notwendigen Spielräume haben, Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Damit ihre Finanzausstattung verbessert wird, müssen Corona-bedingte Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen ausgeglichen werden. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass die zu erwartenden Einbrüche beim kommunalen Finanzausgleich für die Jahre 2021 und 2022 aufgefangen werden. Unabdingbar ist auch eine Lösung der Altschuldenproblematik.

- Die ungleiche Verteilung von Bildungschance wurde durch die Pandemie verschärft. Es droht eine Bildungskrise. Es darf nicht zugelassen werden, dass Kinder den Anschluss verlieren. Die Verbesserung der Situation in den Kindertageseinrichtungen, den Schulen, den Jugendeinrichtungen und den Hochschulen muss daher Priorität haben. Neben Investitionen in Gebäude und Digitalisierung ist vor allen eine Attraktivierung der Berufe im Bildungsbereich notwendig, um die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems zu erreichen. Dies kann nur in einem engen Dialog mit Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften geschehen.
- Die Coronakrise hat wie ein Brennglas soziale und gesellschaftliche Probleme deutlich gemacht. Insbesondere die Arbeitsbedingungen in vielen Branchen und die oft niedrige Bezahlungen der wirklichen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft müssen verbessert werden. Dem Applaus im Landtag und auf den Balkonen müssen konkrete Verbesserungen folgen. Dazu gehört gerade in der Krise auch die Sicherung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur.

III. Beschluss

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert in ihrem Entwurf für den Landeshaushalt sicherzustellen, dass

- finanzielle Hilfen für weiterhin von den Einschränkungen durch die Pandemie betroffene Branchen wie Kultur- und Medienschaffende Schausteller- und, Veranstaltungsgewerbe, Reisebüros und Gastronomie bereit gestellt werden, um die drohenden massenhaften Insolvenzen und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen wirksam entgegen zu wirken.
- ein Zukunftsinvestitionsfond NRW aufgelegt wird mit dem der Investitionstau in NRW beseitigt wird und notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur. Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung sicher gestellt werden. Hierzu gehört insbesondere ein Programm "Gute Schule 2025".
- ein Altschuldenfond des Landes aufgelegt wird, der die Kassenkredite der Kommunen übernimmt und von Land und Kommunen getilgt wird.
- den Kommunen die Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen durch die Coronakrise durch das Land erstattet werden. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass die Städte, Gemeinden und Kreise die bisher geplanten Zahlungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten.
- die Situation in allen Bildungseinrichtungen nachhaltig verbessert werden. Dazu gehören die auskömmliche Finanzierung der Kindertagesstätten, einschließlich einer Ausbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher, eine strukturelle Bekämpfung des Mangels von Lehrkräften an Schule u.a. durch A13-Besoldungauch für alle Lehrkräfte und eine Verbesserung der Relation Lehrkräfte pro Studierenden an den Hochschulen.

- ein Paket zur Stärkung der sozialen Infrastruktur des Landes, welcher u.a. folgende Aspekte berücksichtigt:
 - Ausbau der Schulsozialarbeit,
 - Eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung der Frauenhilfeinfrastruktur, um den kontinuierlich steigenden Zahlen der hilfesuchenden Frauen zu entsprechen,
 - Stärkung der Arbeitssicherheit zur Kontrolle von Arbeitsbedingungen u.a. in der Fleischindustrie,
 - Ausbau der unabhängigen Beratungsinfrastruktur für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen, statt der Schließung von Arbeitslosenzentren.
 - Die Krebsberatungsstellen in NRW müssen durch Landesmittel dauerhaft und auskömmlich finanziert werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
Marc Herter
Michael Hübner
Lisa Kapteinat
Regina Kopp-Herr
Jochen Ott
Eva-Maria Voigt Küppers
Sven Wolf

und Fraktion